Protokoll über den Bürgerdialog Leitbild Windenergie am 3.07.24 im Forum der AFG

Auf Einladung der Verwaltung sind rd. 100 Personen im Forum erschienen (Teilnehmerlisten sind ausgelegt worden; diejenigen, die sich mit E-Mail-Adresse eingetragen haben, werden eine Ausfertigung dieses Protokolls per Mail erhalten). Seitens der Verwaltung sind neben BM Jörn Möltgen Frau FBL Anne Brodkorb und Frau Monika Böse als Protokollführerin anwesend.

BM Jörn Möltgen begrüßt die Anwesenden und erläutert die vom Rat gewünschte Steuerung der Entwicklung der Windenergienutzung mittels Leitlinien. Bevor jedoch durch die Leitlinien konkret vom Gemeinderat entschieden wird, wo im Gemeindegebiet und unter welchen Bedingungen eine Entwicklung stattfinden soll, war es auch Wunsch der Politik, mit der Bürgerschaft in einen offenen Dialog zu kommen. Hierzu dient die heutige Veranstaltung. Die wesentlichen Aspekte werden in diesem Protokoll festgehalten und der Politik als eine weitere Grundlage für die Entscheidungsfindung nach den Sommerferien vorgelegt (*Nachsatz der Protokollantin: es handelt sich nicht um ein Wortprotokoll; die Mitschrift mit allen wesentlichen Wortbeiträgen, die jedoch wegen des Umfangs nicht mit verschickt wird, liegt in der Verwaltung vor; darauf kann bei Bedarf zurückgegriffen werden.*)

Die Veranstaltungsteilnehmer einigen sich darauf, dass die Wortbeiträge max. 1,5 Minuten betragen sollen und dass Erstmeldungen vor Zweit- und Mehrfachmeldungen berücksichtigt werden.

Frau Brodkorb erläutert mit Hilfe einer vom Büro WoltersPartner erstellten Präsentation die Möglichkeiten der Steuerung durch ein Leitbild. Die Kernfragen sollen Auskunft dazu geben, wo im Gemeindegebiet und unter welchen Bedingungen Windenergienutzung stattfinden soll. Hierzu ist maßgeblich, welche Abstände zu Wohngebieten und Einzelhäusern gewählt werden. Sie erläutert anhand verschiedener Abstandsszenarien die unterschiedlichen Auswirkungen auf die für die Entwicklung verbleibenden „weißen Flecken“.

Eine Vielzahl von Wortbeiträgen befasst sich mit dem Wunsch nach möglichst großen Abständen zwischen Windkraftanlagen (WKA) und Wohngebäuden. Aus Gründen des Gesundheitsschutzes wird vorgeschlagen die Abstände dann aber mindestens auf 500 m festzuschreiben (diese Mindestabstände werden auch vom Lobbyverband der Windenergie zugrunde gelegt), weil ansonsten gesundheitliche Beeinträchtigungen der Anwohner befürchtet werden. Darüber hinaus solle auf Einzelanlagenstandorte verzichtet werden, um eine Verspargelung der Landschaft zu vermeiden.

Durch die Leitlinien solle festgelegt werden, dass weder in Landschaftsschutzgebieten, noch in Naherholungsgebieten WKA zulässig sein sollen. Besondere Natur- und Lebensräume empfindlicher Tierarten sollten ebenfalls ausgeschlossen werden.

Zu der Frage, ob die Gemeinde überhaupt WKA zulassen solle, wurde die Auffassung vorgetragen, auf weitere Ausweisungen über das im Regionalplan dargestellte Maß zu verzichten. Der Regionalplan erfülle die bundes- und

landesrechtlichen Mindestflächenanforderungen, so dass es weiterer Planungen auf Gemeindeebene nicht bedarf. Die in der Präsentation von WoltersPartner enthaltene Aussage, die Gemeinden würden zu einer eigenen Positivplanung ermuntert wird kritisch hinterfragt und um Quellenangabe gebeten.

Hierzu führt die Fachagentur Windenergie an Land e.V. mit Förderung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz sowie des ptJ (Projekträger Jülich, Forschungszentrum Jülich) in der Veröffentlichung „Windenergieplanung auf kommunaler Ebene“ – Was bedeutet die neue Gesetzgebung zur Ausweisung von Windenergiegebieten für Kommunen? im Mai 2023 folgendes aus:

Möglichkeit zur zusätzlichen Flächenausweisung

Die Kommunen sind grundsätzlich auch ohne eine bestehende Handlungspflicht weiterhin zur Ausweisung zusätzlicher Flächen für die Windenergie befugt, sofern auf übergeordneter Ebene der Länder oder Regionen nicht abschließend geplant wurde.²⁴ Durch die Flächenbeitragswerte werden für die Länder lediglich Mindestvorgaben zur Flächenausweisung bestimmt, die auch überschritten werden dürfen.²⁵ I. S. d. § 249 Abs. 4 BauGB steht die Feststellung des Erreichens eines Flächenbeitragswertes oder Teilflächenziels der Ausweisung zusätzlicher Flächen für Windenergievorhaben nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB nicht entgegen. Die Überschreitungsmöglichkeit besteht demnach also auch, nachdem das Erreichen eines Flächenbeitragswertes festgestellt wurde.

Am Beispiel des untersuchten Anlagenstandortes in Walingen wird intensiv erörtert, warum dort überhaupt eine Planung durch die Gemeinde stattfindet und inwiefern die bekannte, fast 100%-ige Ablehnung der Anwohnerschaft von Bedeutung sei. Hier wird gefordert, eine deutlich überwiegende Zustimmung der Anwohner im Umkreis von 1.000 m als zwingende Voraussetzung für eine Ausweisung eines Standortes mit in die Leitlinien aufzunehmen (analog der Regelung in Billerbeck).

BM Möltgen erläutert den von Rat formulierten Auftrag an die Verwaltung, gemeindeeigene Grundstücke auf die Geeignetheit für Wind- oder Solarnutzung zu untersuchen. Eine gemeindeweite Untersuchung habe ergeben, dass das Grundstück in Walingen dem Grunde nach (bezogen auf die Lage und Größe) für die Errichtung einer WKA geeignet sei. Andere Grundstücke seien nicht vorhanden. Hier sei jedoch bisher lediglich der Aspekt Artenschutz weiter untersucht worden. Ob dort eine Anlage tatsächlich entstehen kann und werde, sei zurzeit noch völlig offen.

Im Zusammenhang mit der Notwendigkeit gemeindlicher Planungen wird die Frage nach dem aktuellen und zukünftigen Energiebedarf der Gemeinde gestellt. Hierzu wird auf die Bilanz und Potentialanalyse im Rahmen des Klimakonzeptes der Gemeinde Havixbeck verwiesen, die unter folgendem Link abrufbar ist https://www.ris-havixbeck.de/bi/vo0050.php?_kvonr=26757 Eine Aktualisierung der Daten ist in Kürze vorgesehen.

Im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Aspekten der Windenergienutzung für die Gemeinde und Anlagenbetreiber wird gefordert, dass Anlagenbetreiber per Leitlinien dazu verpflichtet werden sollen, dass der Betriebssitz in Havixbeck ist, damit die Gewerbesteuer auch der Gemeinde zufließt. Hierzu führt die Verwaltung aus, dass bereits seit 2021 gesetzlich geregelt ist, dass das Gewerbesteueraufkommen zu 90 % der Standortgemeinde zufällt, unabhängig vom Sitz des Betreibers.

BM Möltgen führt weiter aus, dass die aktuelle Rechtslage der Gemeinde für jede betriebene Anlage auf dem Gemeindegebiet Finanzmittel durch EEG-Umlage und Gewerbesteuer von rd. 80.000 € pro Jahr ermögliche, die wiederum zur Mitfinanzierung der öffentlichen Aufgaben verwendet werden könne. Im Übrigen bestehe auch noch die Möglichkeit einer gemeindlichen Beteiligung an geplanten Anlagen nach den Regelungen des Bürgerenergiegesetzes. So haben z. B. für die in Poppenbeck geplanten Anlagen die Betreiber signalisiert, eine Beteiligung in Höhe von rd. 30 % des benötigten Eigenkapitals für die Anwohner, die Gemeinde und die Bürgerschaft zu ermöglichen.

Auf die geäußerte Kritik, die Gemeinde fördere die Wenigen, die durch die Anlagen verdienen, während die Bürgerschaft daran keinen Anteil hat, erklärt BM Möltgen, dass er als Bürgermeister die gesamte Bürgerschaft vertrete und durch die zuvor geschilderten Beteiligungs- und Einnahmemöglichkeiten auch die gesamte Bürgerschaft Anteil habe.

Im mehreren Wortbeiträgen wird der Wunsch geäußert, die Gemeinde möge verstärkt auf einen Mix erneuerbarer Energien setzen und den absoluten Vorrang der Windenergie aufgeben. Hierzu führt die Verwaltung aus, dass bereits eine Vielzahl von PV-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden bestehe und auch für die Zukunft weitere Anlagen geplant seien. Im Hinblick auf den Flächenbedarf an landwirtschaftlich genutzten Böden spricht sich BM Möltgen gegen die Anlage von Flächen-PV-Anlagen in Havixbeck aus. Im übrigen sei die Versorgung des Baugebiets Masbeck mit Geothermie in der Diskussion. Andere Technologien wie Wasserstoff seien aktuell technisch noch nicht so ausgereift, dass eine unmittelbare Anwendung erfolgen könne, wobei hierfür auch sehr aufwendige Investitionen in Leitungsnetze erforderlich sind.

Im Verlauf der Diskussionen wird mehrfach von den Anwesenden die Auffassung vertreten, die Mehrheit der Havixbecker Bevölkerung sei gegen die weitere Ausweisung von Flächen für WKA. Hierzu wird der Vorschlag gemacht, im Rahmen einer Bürgerbefragung das tatsächliche Meinungsbild abzufragen.

In verschiedenen Wortbeiträgen werden des Weiteren weitere Aspekte benannt, die im wesentlichen die Einzelfallprüfung von WKA im Rahmen von Genehmigungen nach Bundesimmissionsschutz betreffen, wie z. B. Berücksichtigung von Schall, Infraschall, Schattenschlag, Artenschutz, Finanzierungsgarantien für Rückbauverpflichtungen, Bodenbelastungen durch Abrieb o.a. der WKA, Wertverlust von Immobilien im näheren Umfeld, Brandschutz.

Ein anwesendes Ehepaar berichtet über die für sie täglich wahrnehmbaren negativen Auswirkungen der WKA in Herkentrup. Sie ermunterten ausdrücklich die Ratsmitglieder, sich im Rahmen eines vor Ort Termins selbst von den negativen Wirkungen auf das Wohlbefinden und die Gesundheit der Anwohner im näheren Umfeld von WKA zu informieren.

Dem schließen sich mehrere Teilnehmer ausdrücklich an und bitten den Rat der Gemeinde nachdrücklich, vor weiteren Entscheidungen dieses Angebot anzunehmen.

Gez. Monika Böse